

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 28.

Cöln, den 11. Juli 1913.

14. Jahrg.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratentnahme nur gegen Vorausbezahlung. — Verbindungen nur: Postfachkonto 7718 Cöln.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denloerwall 2. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Schon seit Monaten haben die „Spezialfreunde“ unserer Bewegung sich in Betrachtungen über den „Rückgang“ der christlichen Gewerkschaften ergangen. Der soeben erschienene Bericht des Generalsekretariats über die Entwicklung unserer Bewegung im Jahre 1912 macht all die Hoffnungen jener zu schanden. Die Tatsachen belehren unsere Gegner, daß die christlichen Gewerkschaften aus den fortwährenden Kämpfen des Jahres 1912 mit unverminderter Stärke hervorgegangen sind. Und ein Kampfsjahr, ein Jahr harter Proben auf die Zuverlässigkeit und Ueberzeugungstreue ihrer Anhänger war das Jahr 1912 für die christliche Gewerkschaftsbewegung zweifellos.

Die wirtschaftliche Lage, die im allgemeinen für die Entwicklung der Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung ist, war im Jahre 1912 keineswegs günstiger als wie in den Vorjahren. Verschiedene Gewerbe zeigten gewiß nicht mehr die Merkmale der Hochkonjunktur. Würde die Wirtschaftslage eine allgemein gleich gute gewesen sein, hätte die gesamte deutsche Arbeiterbewegung unzweifelhaft größere Fortschritte gemacht. Es zeigt sich jedoch, daß das Jahr 1912 auch den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die in der ersten Hälfte des Jahres von einer bedeutenden Aufwärtsentwicklung berichtet, nicht den erhofften Zuwachs der Mitgliederzahlen gebracht hat. Unsere Bewegung hat jedoch mehr noch als wie andere Gewerkschaftsrichtungen neben der Wirtschaftskonjunktur, mit Dingen zu rechnen, die im öffentlichen Leben von Bedeutung sind. Die Reichstagswahl im Beginn des Jahres 1912 z. B., bei der sich die bürgerlichen Parteien „bis aufs Messer“ bekämpften, konnte an der Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die doch Angehörige aller bürgerlichen Parteien umfaßt, nicht spurlos vorübergehen. Nach der Reichstagswahl kam der Ruhrbergarbeiterstreik, der eine starke Belastungsprobe auf die gewerkschaftliche Einsicht der Arbeiter war. Die Probe, so gut sie auch von den christlichen Gewerkschaftlern bestanden wurde, hat keineswegs eine günstige agitatorische Situation abgegeben. Jeder Gewerkschaftler weiß aus Erfahrung, wie die indifferenten Massen viel weniger Vernunftgründen, als radikalsten Schlagworten zugänglich sind. Raum war die Bergarbeiterbewegung beendigt, da setzte der Gewerkschaftsstreik wiederum mit einer Heftigkeit sondergleichen ein. Die Vorgänge sind noch in aller Erinnerung, sodaß sich ein weiteres Eingehen darauf erübrigt. In einer solchen Situation fanden dann auch die „Selben“, mit freundlicher Unterstützung ihrer Gönner, einen guten Boden für ihre Tätigkeit.

Die christlichen Gewerkschaften mußten sich so gegenüber den Angriffen von den verschiedensten Seiten ihrer Haut wehren. Sie haben sich wacker geschlagen und der Welt gezeigt, daß ihre Kampftruppe so geschult und diszipliniert ist, daß sie auch den stärksten und gemeinsamen Angriffen aller ihrer Gegner gewachsen ist. Schlimmer und konzentrischer wie im Jahre 1912 kann der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften kaum noch geführt werden.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften (im Jahresdurchschnitt) um 8730 gesteigert; sie stieg von 340 957 auf 344 687. Nimmt man die Zahlen am Jahreschluß, so ergibt sich eine Steigerung von 350 574 auf 350 930, also um 356. Ueber die Entwicklung der einzelnen Verbände gibt die untenstehende Zusammenstellung Aufschluß. Unter Einnahmen und Ausgaben sind nur die wichtigsten Posten wiedergegeben, während die Endzahlen auch die sonstigen Einnahmen und Ausgaben berücksichtigen.

Außer den schon genannten Vorgängen wurde die Entwicklung der Mitgliederzahlen beeinflusst von Beitragserhöhungen, die in einzelnen Verbänden vor sich gingen. Die dadurch herbeigewünschte größere finanzielle Stabilität spiegelt sich in den Angaben über das Kassenniveau wieder. Die Einnahmen steigerten sich gegen das Vorjahr um 364 000 Mk.; die Ausgaben gingen um 77 000 Mk. zurück, während sich das Vermögen um rund 1/2 Millionen Mk. vermehrte. Die gesamten Unterstützungsleistungen bezifferten sich auf rund 2 Millionen Mk.

Zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führten die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 1184 Bewegungen, an den 53 628 Mitglieder beteiligt waren. 359 Bewegungen führten zu Streiks und Ausperrungen mit 13 124 beteiligten Mitgliedern. Bei 395 Bewegungen kamen nur Mitglieder der christlichen Gewerkschaften in Frage, während in 414 Fällen die christlich organisierten Arbeiter die Mehrheit der Beteiligten stellten. Die geführten Bewegungen führten in 325 Fällen zu Tarifabschlüssen. Am Ende des Jahres 1912 waren die christlichen Gewerkschaften an 1284 Tarifabschlüssen beteiligt. Eine summarische Zusammenstellung der erzielten Erfolge läßt sich schlecht geben. Aus den Mitteilungen der einzelnen Verbände ergibt sich aber, daß für 36 974 Mitglieder Lohnverbesserungen im Betrage von 0,50 bis 10,00 Mk. pro Woche, und für 12 223 Mitglieder Arbeitszeitverkürzungen von 1/4 bis 24 Stunden erreicht werden konnten.

Es haben die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 unter ähnlichen Verhältnissen wirken müssen wie die Juden am Tempelbau: in der einen Hand die Kelle zur praktischen Arbeit, in der anderen Hand das Schwert zur Abwehr der feindlichen Angriffe. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse darf gesagt werden, daß die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 ihren Platz ehrenvoll behauptet haben. Sie haben keinerlei Auseinandersetzung gesucht und stets den Dingen gerade und unerschrocken ins Auge gesehen. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit wird denn auch längst nicht mehr an ihrem bloß äußeren Aufschwung gemessen. Hier entscheidet die Tatsache, daß es sich um eine Bewegung handelt, die ihre wirtschaftliche und soziale, sowie ihre staatliche Notwendigkeit unter den schwierigsten Verhältnissen in der Praxis bewiesen hat und die auch von den stärksten Gruppen der übrigen Arbeiterbewegung beachtet werden muß. — Wer aber die soziale Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu erfassen wünscht, der lasse die Fülle von geistigen und moralischen Kräften auf sich wirken, die mit der Anteilnahme derjenigen Arbeiter, welche durch die Schule der christlichen Gewerkschaften gegangen sind, an den gesellschaftlichen und allgemein politischen Ein-

richtungen ausgelöst worden sind. Das sind Werte, die ebenso unschätzbar wie unerfesslich sind. Diese Ueberzeugung ist in den langwierigen Kämpfen der letzten Jahre nicht etwa erschüttert, sondern erst recht gekräftigt und befestigt worden. Sie ist für die christlichen Gewerkschaften der stärkste Antrieb, auf der eingeschlagenen Bahn mutig und unverzagt vorwärts zu gehen, in der festen Zuversicht, daß die günstigere Gestaltung der Verhältnisse sich auch in einer günstigeren Entwicklung ihrer Bewegung kundgeben wird.

Die sozialdemokratische „Volksfürsorge“.

„Volksfürsorge“ nennt sich die Gründung der sozialdemokratischen Gewerkschaften und des sozialdemokratisch regierten „Zentralverbandes der Konsum- und Produktionsgenossenschaften (Sitz Hamburg)“, die die Volksversicherung betreiben soll. Das als Aktien-Gesellschaft gebildete Unternehmen, hat den Betrieb bereits am 1. Juli d. J. aufgenommen. Die rote „Volksfürsorge“ will angeblich in „absolut neutraler und gemeinnütziger Weise“ Versicherungen auf Todesfall sowie auf Todes- und Erlebensfall, Kinder- und Sparversicherungen, sowie Versicherungen mit einmaliger Prämienzahlung übernehmen. Selbstverständlich setzt die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Sozialdemokratie diese „Volksfürsorge“ nicht ins Werk um ihrer selbst willen. Der Sozialist von Elm, der Leiter derselben, hält denn auch über den wahren Zweck der roten „Volksfürsorge“ nicht hinter dem Berge; er sagt u. a.: „Ich gebe unseren Gegnern ohne weiteres zu: wenn Gewerkschaften und Genossenschaften die Volksversicherung in die Hand nehmen, dann tun sie das nicht nur, um sie zu verbilligen, sondern auch, um ihrer Bewegung neue Stützpunkte im Volke zu schaffen.“ Das heißt, um die sozialdemokratischen Ideen überall dorthin zu tragen, wo sie bislang nur schwer oder gar nicht vordringen konnten. Um diesen Zweck zu erreichen, ist denn auch ein Organisationsplan mit den „freien“ Gewerkschaften und dem sozialdemokratischen Zentralverband Deutscher Konsumvereine vereinbart worden, der an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig läßt. Er lautet wie folgt:

1. „Die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und die dem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften werden mit all ihren Funktionen in den Dienst der „Volksfürsorge“ gestellt.“
2. „Nach Möglichkeit haben deshalb die Einklassierten und Beitragskammer der Gewerkschaften auch die Einklassierung der Prämien für die „Volksfürsorge“ zu übernehmen, wofür ihnen die hierzu festgesetzte Entschädigung zusteht.“
3. „Haben die Gewerkschaften bezw. deren Orts- und Unterklassierer die Arbeit für die „Volksfürsorge“ übernommen, dann sind für die von dieser nach Berufen gegliederten Organisation nicht erfassen Versicherten vom Gewerkschaftsstand die erforderlichen Vertrauenspersonen zu bestellen, die das Ansehen bei diesen Versicherten besorgen.“
4. „Werden die Obliegenheiten der Vertrauenspersonen seitens der Gewerkschaften am Orte nicht übernommen, dann ist von der örtlichen Verwaltungskommission unter Mitwirkung des Rechnungsführers eine territorial gegliederte Organisation“

Organisation	Mitgliederverhältnisse					Kassenverhältnisse										
	Zahl der Ortsgruppen am 31. Dezember 1912	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt		Davon weibliche	Mitgliederzahl am 31. Dez. 1912	Einnahmen		Ausgaben				Gesamtausgabe	Kassenbestand a. 31. Dez. 1912	Davon in der Hauptkasse		
		1911	1912			Beiträge	Gesamteinnahme	Berbandsorgan	Agitation	Streik- u. Gewerkschaftsunterstützung	Reise- u. Arbeitsunterstützung				Krankengeld	Sterbegeld
Bergarbeiter	810	83 588	76 988	—	77 987	978 775	1 120 665	114 105	120 117	63 732	1 896	194 978	72 750	1 013 847	2 297 887	2 274 431
Bauarbeiter	847	39 955	43 691	—	44 009	1 015 613	1 091 236	71 445	137 593	43 215	—	50 137	13 398	670 679	1 200 632	1 021 976
Metallarbeiter	202	41 253	42 644	757	42 263	1 160 301	1 253 879	59 017	55 793	182 864	52 619	182 341	5 274	972 454	1 428 090	1 328 752
Textilarbeiter	298	42 337	39 903	12 811	39 531	686 285	714 325	78 939	122 464	57 918	44 577	91 981	13 796	596 107	756 038	666 063
Deutsche Eisenbahnen	90	26 784	26 785	—	26 912	269 672	342 064	44 833	10 980	—	—	18 977	76 885	204 198	1 016 631	1 016 631
Deutsche Eisenb.-Handw. u. Arbeiter	285	22 194	20 941	—	21 159	71 055	75 769	22 307	10 263	—	—	—	9 131	78 548	20 265	20 265
Landw., Gemeinde-, Verkehrs-Arbeiter	405	15 746	17 856	635	18 513	337 335	348 943	34 359	38 497	48 631	4 501	39 450	4 775	344 252	62 751	37 323
Holzarbeiter	300	15 462	17 280	233	17 459	522 839	594 598	25 990	40 227	71 117	48 606	72 106	4 068	404 217	760 461	614 330
Klein- und Steinarbeiter	197	6 603	7 411	160	8 219	129 874	135 483	10 597	32 135	25 905	3 214	9 774	1 876	118 379	62 069	53 242
Seimarbeiterinnen	74	6 999	8 188	8 188	8 494	31 378	41 233	3 627	2 283	708	—	7 805	135	34 194	44 351	33 628
Labdarbeiter	124	7 857	7 383	3 063	7 172	194 225	174 959	12 297	13 572	88 712	10 077	14 867	1 055	173 305	20 792	15 927
Seedarbeiter	136	5 384	5 756	541	5 986	125 956	150 806	5 738	18 456	20 527	10 185	15 161	1 153	118 600	83 207	72 443
Seefischer	141	4 288	4 742	399	4 818	89 782	100 258	7 733	15 684	43 362	3 009	5 001	515	106 976	23 249	21 990
Metzger	123	4 080	4 514	—	4 635	78 402	87 479	3 595	10 237	3 590	2 391	3 586	470	71 822	65 593	57 267
Sächsisch-böhmische Eisenbahnen	79	3 264	3 886	26	4 026	10 100	17 198	4 773	4 210	—	—	—	—	14 720	7 144	7 144
Telegraphenarbeiter	90	3 329	3 302	—	3 492	39 578	44 137	3 811	5 319	—	—	17 351	2 325	46 570	3 514	3 514
Sachsenberg-Bund	98	3 070	3 239	—	3 206	181 550	152 685	15 761	8 187	—	19 148	20 974	1 610	107 842	621 879	493 982
Waldhausangestellte	51	2 209	2 773	43	3 280	39 432	53 635	11 683	10 618	513	—	6 165	2 350	49 649	23 611	2 935
Metz- u. Genussmittelindustriearbeiter	45	2 600	2 968	225	3 205	45 547	47 496	4 565	7 541	6 187	1 277	2 862	142	38 403	23 515	13 132
Deutscher Zentralverband	60	1 625	1 993	390	2 174	42 282	48 223	4 346	2 670	3 081	2 949	6 642	220	35 149	37 252	30 496
Brandenburgische Eisenbahnen	27	1 454	1 620	543	1 786	13 764	18 607	2 724	1 271	—	1 299	1 015	150	14 752	5 362	3 356
Metzger	—	—	—	—	987	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Metzger	40	801	818	—	791	13 170	14 674	2 730	2 242	260	—	475	—	13 059	6 555	4 826
Metzgerarbeiter	—	—	—	—	751	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	4 523	340 957	344 687	23 006	350 930	5 966 966	6 608 350	549 973	670 429	654 323	201 223	761 338	205 083	5 222 727	8 575 653	7 804 334

im Leben zu setzen. Der betreffende Det ist in Bezüge einzufügen, die als Grund haben, daß sie mit Erfolg bearbeitet werden können. Für jeden Det ist die erforderliche Zahl von Vertrauensmännern zu stellen.

Die Inflationen also: 1. Die gesamte Sozialdemokratie mit all ihren Funktionen stellt sich in den Dienst der „Vollfürsorge“. Denn auch die Presse und Organe der politischen Sozialdemokratie kämpfen seit Monaten für das Wohlbefinden. 2. Die Agenten der „Vollfürsorge“ sind keine anderen als die Vertrauensmänner und Agitatoren der Sozialdemokratie. 3. Für jede „Vollfürsorge“, die für die Gewerkschaften tätig ist, ist ein besonderer Vertrauensperson. 4. In Orten und Bezirken — wie z. B. auf dem Lande — wo die Sozialdemokratie bisher noch keinen Boden hat, wird eine besondere (sozialdemokratische) „Vollfürsorge“-Organisation geschaffen.

Die Sozialdemokraten wollen ein Dreifaches mit ihrer „Vollfürsorge“ erreichen: 1. Auf die Kreise der Arbeiterklasse und des kleinen Mittelstandes zunächst materiell und später dann auch ideell Einfluß zu gewinnen, um die Arbeiter durch die Partei noch durch die „freie“ Gewerkschaft, aber vermittelt der Genossenschaft heranzuführen können; 2. denken dabei wohl hauptsächlich an die ländlichen und gut national und christlich gesinnten Bezirke. 2. wollen sie durch die „Vollfürsorge“ große Kapitalien gewinnen für die verschiedensten Zwecke; 3. soll denn natürlich auch den privatkapitalistischen Gesellschaften mit der roten „Vollversicherung“ Abbruch getan und eine billigere Volksversicherung geschaffen werden.

Die Gefahr, welche der christlich-nationalen Arbeiterbewegung durch die rote „Vollfürsorge“ droht, ist nicht zu unterschätzen. Wie schon angedeutet, wird die „Vollfürsorge“ für die Sozialdemokraten ein geeignetes Mittel sein, um auch an die Frauen und Kinder, sowie die ländliche Bevölkerung heranzuführen. Die Sozialdemokratie will durch die „Vollfürsorge“ schon den natürlichen Reiz, die Kinder, möglichst frühzeitig durch eine, den sozialdemokratischen Zwecken dienliche Beschäftigung an sich fesseln. Hierzu 50 000 sozialdemokratische Agenten, die meistens zugleich auch die Vertrauensmänner und Vertrauensleute der „freien“ Gewerkschaften der sozialistischen Konsumvereine sind, werden bereits auf jeder Dorfstraße, um in die entlegensten Dörfer und Städte der Gegend des Sozialismus in die Arbeiterhäuser und bei den kleinen Betrieben einzudringen. Deshalb geschieht natürlich ebenso in den Fabrikbetrieben. Der Erfolg für die sozialdemokratische Partei und deren „freie“ Gewerkschaften, sowie für die Konsumgenossenschaften „Hamburger (sozialdem.) Richtung“ kann gar nicht überschätzt sein.

Für die christlich-nationale Arbeiterbewegung bedeutet die rote „Vollfürsorge“ zunächst eine Gefahr, indem sie derselben die Entwertungsmöglichkeiten in Arbeiterkreisen, die gegenwärtig noch eine christlich-nationale Spannung aufweisen und insbesondere auch in ländlichen Bezirken, zu unterbinden geeignet und befähigt ist. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sind durch die rote „Vollfürsorge“ nicht geschützt, denn diese werden vielfach angezogen und können durch die Schlinge der Sozialdemokratie zu genau, um darauf überhaupt heranzuführen. Wohl aber können leicht die Leute, die für die christlichen Gewerkschaften als zulässige Mitglieder in Frage kommen, von den Sozialdemokraten mit ihren Schlingenspielen „verwirrt“ und „frei“ bündelt und einstricken werden. Insbesondere wird es den sozialdemokratischen Agenten in vielen Fällen ein Leichtes sein, die Arbeiterinnen und die Frauen der sonstigen kleinen Betriebe für die „Vollfürsorge“ zu überreden. Ferner gewinnen die Sozialdemokraten mit ihren „Verbindungen“, wie sie selbst ihre drei Hauptorganisationen nennen, also mit der roten Partei, der „freien“ Gewerkschaft und den Konsumvereinen, verbunden mit der „Vollfürsorge“, eine gewaltige wirtschaftliche Macht. Sie führen in den Kreisen der Arbeiter, auf jeder Dorfstraße, auf die Unterwelt und die Gebirgsgebiete in ganz unermesslicher Reich. Der Erfolgsweg für die christlich-nationale Arbeiterbewegung wird dadurch aber sicherlich gefährdet und bedroht.

Diese Gefahren sind nicht zu unterschätzen, die Arbeiterbewegung, die sich in den letzten Jahren zu bilden begann, hat eine junge Bewegung und haben alle Kräfte, welche verschütteten Kräfte in erster Linie auf die Unterstützung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu verwenden, damit wir möglichst überall vertreten sind und die christlichen Arbeiter beim Aufbau von Lohn- und Arbeitsstellen von den Sozialdemokraten nirgendwo ausgeschlossen werden können. Denken wir uns mit einem solchen Werk auf der Seite der „Vollfürsorge“, so ist es sehr gut denkbar, je besser verständlich, daß der Gewerkschaftsbund mehr in den Hintergrund tritt und die Bewegung langsam gesunken wird. Eine junge Bewegung hat notwendig ein wenig einen Überfluß an agitatorisch tätigen Kräften, als die christlich-nationalen Bewegung. In dieser Hinsicht sind wir für die christliche Gewerkschaftsbewegung als der geeignete Weg, um einen Mitgliederzuwachs zu bewirken, der die christliche Gewerkschaftsbewegung zu sichern und gleichzeitig die sozialdemokratische „Vollfürsorge“ den Eingang in viele sozialdemokratische Kreise zu verhindern, die Verbindung mit einer großen, auf nationaler Boden stehenden, gewaltigen sozialen Bewegung. Dieser Weg ist betreten worden mit der Bildung und Unterstützung der

Deutscher Volksversicherung V. G.

Die Deutsche Volksversicherung V. G. hat die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu unterstützen und die Sozialdemokraten zu bekämpfen.

1. Die Deutsche Volksversicherung V. G. hat die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu unterstützen und die Sozialdemokraten zu bekämpfen. 2. Die Deutsche Volksversicherung V. G. hat die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu unterstützen und die Sozialdemokraten zu bekämpfen.

2. Diesen genannten Kreisen, die noch außerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen und auf die wir Einfluß haben, soll man, wenn sie sich versichern wollen, die gemeinnützige Deutsche Volksversicherung V. G. dringend empfehlen.

Wer sich von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften versichern will, soll seine Versicherung entweder mit der Deutschen Volksversicherung V. G. oder mit der „Deutsche“ (falls das Gewerkschaftsmittel auch Mitglied eines kath. Vereins ist) abschließen. Die Agitation für andere Volksversicherungsgesellschaften ist nicht gestattet innerhalb der christlichen Gewerkschaften.

4. In den christlichen Gewerkschaften ist die Agitation sowohl für die Volksversicherungs-Kassen-Gesellschaft wie auch für die Deutsche Volksversicherung V. G. sorgsam jeder Streit zwischen den Vertretern der „Deutsche“ und der „Deutschen Volksversicherung V. G.“ zu vermeiden.

5. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, die sich in einer Volksversicherung versichern wollen, sollen dieses in der Regel nur bei den Vertrauensleuten der christlichen Gewerkschaften bzw. konfessionellen Arbeitervereinen tun. Agenten und sonstige fremde Personen, die unseren Mitgliedern eine andere Volksversicherung anzubieten versuchen, weisen man ab.

6. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften mögen sich auch in dieser „Volksversicherungskasse“ nicht bewähren, daß die Gewerkschaftsbewegung erst die Voraussetzungen schafft und schafft wird, um Beiträge zu anderen Versicherungen leisten zu können. Der Gewerkschaftsbeitrag darf durch die Volksversicherung nicht zurückgedrängt werden.

In den nächsten Wochen werden zur weiteren Aufklärung in den verschiedensten Bezirken Konferenzen der freigestellten Funktionäre, sowie der Kartell- und Postkassenvereine auf Veranlassung des Generalsekretariats stattfinden.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 28. Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. Juli bis 12. Juli fällig ist.

Mitgliedbeiträge. In letzter Zeit sind uns wiederholt Mitgliedsbücher mit braunem Umschlag zu Gesicht gekommen, die 25 Pfg. Beitragsmarken enthalten. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Bücher ungültig sind. Die Bücher mit braunem Umschlag sind nur für Mitglieder die 50 Pfg. Hauptbeiträge entrichten. Für die, welche 25 Pfg. Hauptbeiträge zahlen, gelten nur die grünen Mitgliedsbücher.

Seit ein Mitglied von der niederen in die höhere Beitragsschleife und umgekehrt, so muß sein Buch der Geschäftsstelle des Verbandes eingeleitet werden. Nur hier darf in solchen Fällen das neue Buch angefordert werden. Mitgliedsbücher, die 25 Pfg. und 50 Pfg. Wochenbeitragsmarken enthalten, sind ebenfalls ungültig.

Bücher, die nicht in Ordnung sind, bitten wir sofort der Geschäftsstelle zum Umtauschen einzuliefern.

Verlorene Mitgliedsbücher: Nr. 46 138, Peter Greiner; Nr. 77 201, Paul Berndt. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Lohnbewegungen haben bei allen Lohnbewegungen der Holzarbeiter jede Woche vor Abschluß eines Bericht über den Stand der Bewegung einzuliefern.

Der Kampf ist fortgesetzt.

Spezial: G. G. Heydt (Hilfs- & Schneider). Gebrüder i. G. Gebrüder (Hilfs- & Schneider). G. G. Heydt, Schneider, Hilfs- & Schneider: Bewerbungen an der Holz (Holzwerkstatt G. G. Heydt). Holzwerkstatt: Hartmann (Hilfs- & Schneider) Wagner u. Co.) Hilfs- & Schneider: R. R. Berg. Holzwerkstatt: G. G. Heydt.

Ein Erfolg in Göttingen. In Göttingen im letzten Jahr haben wir den 1. Juli 250 Gehälter im Staat. Göttingen hat wohl die höchsten Gehälter in Bayern. Die Arbeitgeber haben es verstanden, auf Grund der billigen Holzpreise und der niedrigen Löhne sich ein Millionenvermögen zu erwerben. Als vor gut 6 Jahren unsere Organisation einsetzte, betrug der Tageslohn der durchschnittlichen Arbeiter bei täglich 11 stündiger Arbeitszeit nur 1,70 M. pro Tag. Durch die Bewegung im Jahre 1907 gelang es, den Tageslohn bei 10 stündiger Arbeitszeit auf 2,20 M. pro Tag zu erhöhen. Durch den Vertrag im Jahre 1910 stieg der Tageslohn auf 2,50 M. pro Tag. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß Göttingen damals nicht zu den billigen Orten gehörte. Göttingen hat jedoch heute bei der Höhe von 20 Pfg. Gehältern bei 10 Pfg. Mindestlohn 1 Mark. Höchstens an den Sonntagen haben sich die Arbeiter, die größtenteils eine kleine Familie haben, ein Stück Fleisch erlauben; an den Wochentagen sind sie zufrieden und fast fast die einzige Nahrung. Dabei herrscht fast jeden Winter heftige Holznot. Eine große Holznot herrscht. Im letzten Winter waren hier 10 bis 12 Wochen lang unter diesen Umständen die Holzpreise bei der Veranschlagung des Vertrages eine Erhöhung des Lohnes notwendig, ist zu verzeichnen. Bei den Verhandlungen für den Abschluß des Vertrags war von den Kollegen eine Forderung von 7 Pfennig pro Stunde, verteilt auf 3 Jahre, gestellt. Die Arbeitgeber erklärten aber sofort, daß, wenn die Forderung nicht erheblich reduziert würde, sie überhaupt nicht in Verhandlungen eintreten würden. Ein Versuch des Herrn Gewerkschaft, die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu bewegen, blieb ebenfalls erfolglos. Unser Delegierter erklärte noch, einige Arbeitgeber zu einzelnen Verhandlungen zu bewegen, doch ebenfalls erfolglos. Von den Kollegen wurde erklärt: „Die Forderung in Göttingen ist richtig hoch; wir haben uns gegenseitig verpflichtet, unter keinen Umständen in diesem Jahre eine Lohnsenkung zu gestatten.“ Durch einen unglücklichen Fall wurde dann noch in letzter Minute mitgeteilt, daß die Arbeitgeber, die sich nicht zu Verhandlungen einließen, sich schließlich doch zu Verhandlungen bereiteten.

Angebot von 2 Pfennig bei einem 4-jährigen Vertrag zu machen, und zwar sollte der Lohn um 1 Pfennig die Stunde am 1. Juli 1914 und um 1 Pfennig am 1. Juli 1916 erhöht werden. In diesem Jahre und im Jahre 1915 sollte dagegen keine Lohnhöhung erfolgen. Wenn die Arbeiter dieses Angebot nicht annahmen, brauchte die Arbeiterschaft der Nachschicht die Arbeit nicht mehr anzufangen. Im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse lehnten die Arbeiter dieses Angebot einstimmig ab. Am 1. Juli legten darauf die Arbeiter der Firmen Gebhardt, Kröber, Hoffmann, Berger und Köpfer und Königer die Arbeit geschlossen nieder. Auch die Arbeiter der Firma Siemens, die bisher noch nicht organisiert waren, streikten. Seit dieser Zeit ruht die Arbeit in allen Betrieben vollständig. Die Arbeitgeber machen sich zwar noch das Vergnügen und lassen durch die Kutscher die Dampfhebel heben, damit sie morgens, mittags und abends ein viertelstündiges Signal geben können, um so nach außen den Anschein zu erwecken, als wenn in den Betrieben noch gearbeitet würde. Gegenwärtig machen sich die Herren Gebhardt Gebhardt das Vergnügen, daß sie zusammen mit ihren Buchhaltern und Schreibern Bretter transportieren und verladen. Es soll ihnen gelungen sein, tatsächlich einen ganzen Waggon mit Brettern zu beladen. Wie lange aber die Herren an dieser Arbeit Vergnügen haben, ist eine andere Frage. Von den Behörden sind ein halbes Dutzend Genarmen und ebensoviele Polizisten zum Schutze der Arbeitwilligen entsandt. Da aber Streikbrecher trotz aller Besprechungen der Arbeitgeber nicht zu haben sind, wissen die Polizeibeamten nicht, was sie vor Langeweile anfangen sollen. Der Zusammenhalt und die Disziplin der Streikenden ist ein muster-gültiger.

Vertragsabschluss in Duisburg. Im Duisburger Schreinerergewerbe kam es zum Abschluß eines Vertrages mit Einführung der 9-stündigen Arbeitszeit und einer Lohn-erhöhung von 6 Pfg. pro Stunde. Ausführlicher Bericht wird folgen.

Vertragsabschluss für das Schreinerergewerbe in Düren. Der im Jahre 1910 abgeschlossene, nunmehr abgelassene Vertrag brachte nur eine Lohnhöhung von 4 Pfg. pro Stunde. Der Durchschnittslohn stieg von 40 auf 44 Pfg. pro Stunde. Die Vertragszeit wurde von unseren Mitgliedern gut ausgenutzt um die Mitgliederzahl zu verdoppeln und die Lokalkasse erheblich zu stärken. Da auch die Geschäftsstimmung nicht ungünstig war, konnten wir den Verhandlungen in aller Ruhe entgegensehen. Nach mehreren, zum Teil recht lebhaften Verhandlungen konnte eine Einigung erzielt werden. Die Arbeitszeit wird von 59 auf 57 Stunden pro Woche verkürzt und werden die bestehenden Löhne bei Vertragsabschluss um 2 Pfg., am 1. Juni 1914 um 2 Pfg. und am 1. Juni 1915 um 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, wurde als Basis für den Durchschnittslohn 46 Pfg. zu Grunde gelegt, welcher sich, der Lohnhöhung entsprechend, auf 52 Pfg. pro Stunde steigert. Die Zuschläge für Mittagessen und für Übernachten wurden auf 1 und 3 M. festgelegt. Der Vertrag wurde auf 3 Jahre abgeschlossen und gilt bis zum 1. Juni 1916. Die Bestimmung der Jünge zum Vertragsende steht noch aus; dieselbe dürfte jedoch zu erwarten sein, da bisher schon, soweit bekannt, sämtliche Meister den vereinbarten Lohnzuschlag gezahlt haben.

Ein erfolgreicher Lohnbewegung in der Parkettfabrik zu Oppenheim. Einen schönen Erfolg haben unsere Oppenheimer Kollegen in der Parkettfabrik von G. Amendt erzielt. Nachdem die Arbeiter erst im letzten Frühjahr sich unserem Verbande angeschlossen, wurde versucht, in Anbetracht der unzulänglichen Verdienverhältnisse, durch eine Eingabe an die Firma bessere Löhne zu erzielen. Der Erfolg war, daß die Firma eine Lohnhöhung von 2 und 3 Pfg. pro Stunde bewilligte; Überstunden werden fortan mit 20 Prozent und Nacht- und Sonntagarbeit mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Damit ist für unsere Kollegen eine Verbesserung erzielt worden, welche nur dadurch möglich war, daß dieselben geschlossen in unserem Verbande vereinigt waren. Unentwegtes Festhalten an der Organisation wird weitaus Erfolge sichern. — Damit ist auch den Agitatoren des sozialdemokratischen Verbandes von Mainz die richtige Antwort gegeben. Diese haben nämlich die ganze Zeit versucht, obwohl alle Arbeiter bei uns organisiert waren, die Leute durcheinander zu heben, sie in den sozialdemokratischen Verband zu zerren. Die Genossen spielten in Oppenheim den „billigen Jakob“. „Wir machen's billiger wie die Christlichen!“, „Der christliche Verband tut ja doch nichts für Euch!“ — mit solch unlauteren Mitteln gingen die Macher des roten Holzarbeiter-Verbandes hierorts hausieren. Unsere Kollegen werden sich durch solches Treiben nicht betören lassen, sondern nach wie vor fest zum Zentral-Verband christlicher Holzarbeiter Deutschlands stehen.

Ein Erfolg bei der Firma G. Fuchs u. S. Waggonfabrik in Heidelberg. Durch ein gemeinsames Vorgehen der Holzarbeiter sind bei der Firma Fuchs ganz nennenswerte Erfolge erzielt worden. Es ist der Erfolg um so höher zu bewerten, weil es das erste Mal ist, daß hier durch die Gewerkschaften mit der Firma schriftliche Vereinbarungen getroffen wurden. Vereinzelt wurde ein fester Einstellungslohn von 45 Pfg. pro Stunde (zuvor 40 Pfg.); eine Abschlagszahlung für die schlechtbezahlten Arbeiter unter Vereinbarung der Arbeiterkommissionen; Einführung der achtstündigen Lohnzahlung in der Weise, daß in der Zwischenwoche der 14-tägigen Abrechnung feste Abschläge ausbezahlt werden. Ferner sollen künftighin neue Abschlagspreise jeweils mit den Arbeiterkommissionen aus den Kolonnen vereinbart werden. Nacharbeiten werden weiterhin in Stundenlohn extra vergütet, bezahlte Wartezeit bei unverschuldeter Behinderung an Weiterarbeiten. Damit ist die erste Grundlage geschaffen, um darauf aufbauend weitere Fortschritte zu erzielen. Die Arbeiter müssen nur dafür sorgen, durch Festhalten an der Organisation und deren weiteren Ausbau ihre Position zu festigen.

Ein weiterer Erfolg der Säger in Gengenbach. Wie bereits im vorigen Jahre mit Hilfe der Organisation in

Gengenbacher Sägewerk eine namhafte Lohnerhöhung erzielt werden konnte, so ist auch in diesem Jahre, und zwar in der letzten Woche durch das Vorgehen unserer Kollegen ein guter Erfolg erzielt worden. Im vorigen Jahre waren nicht alle Wünsche der Arbeiter hinsichtlich der Lohnerhöhung erfüllt worden und es lag deshalb nahe, in diesem Jahre darauf hinzuwirken, den Arbeitern entsprechend der vorjährigen Forderung Verbesserungen zu verschaffen. Weiter anzuholen, wie das von der „anderen Seite“ einmal gedacht war, erschien mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Gengenbach nicht im Interesse der Arbeiter gelegen. Es wurden bewilligt für 19 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 3 Pfg. pro Stunde, für 27 Arbeiter eine solche von 2 Pfg. und für 6 jugendliche 1 Pfg. pro Stunde. Dieses Resultat kann gewiß unter den gegebenen Umständen vollauf befriedigen. Das Verhalten des Arbeitgebers gegenüber der Organisation und den organisierten Arbeitern steht sehr vorteilhaft ab von dem manchmal höchstsonderbaren Verhalten mancher anderer Arbeitgeber in Gengenbach. Andere Arbeitgeber am Orte lassen aber auch jegliches soziales Verständnis vermissen und nahmen selbst gegenüber den berechtigten Bestrebungen der Arbeiter eine Haltung ein, wie sie in heutiger Zeit gottlob nur noch ganz selten anzutreffen ist, und die in keiner Weise mit sozialen und liberalen Anschauungen in Einklang gebracht werden kann. Soziales Verständnis der Arbeitgeber, und demgemäß billige Rücksichtnahme auf berechnete Wünsche der Arbeiter ermöglichen aber nicht nur eine Verhinderung bei Lohnbewegungen, sondern es wird dadurch auch ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gesichert, die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter wird gesteigert und dabei gewinnt damit jedenfalls auch der Betrieb, der Arbeitgeber. Die Arbeiter aber mögen auch aus dieser Bewegung wieder den Nutzen der Organisation erkennen. Sie sollen einmal das Ergebnis der Bewegungen des vorigen Jahres und der letzten zusammenstellen und es wird sich der eminente Wert der gewerkschaftlichen Organisation zeigen. Das wird dann aber auch dazu führen müssen, daß die Arbeiter immer mehr an die Organisation gefesselt werden. Keinerlei zweideutige Medienarten über die Organisation dürfen mehr aufkommen. Alle Kollegen müssen ihr ernstes Streben an den Tag legen, den Verband weiter zu stärken, weiter auszubauen.

Der Streik in Schweiler dauert bereits 4 Wochen und ist eine Beendigung bis jetzt nicht abzusehen. Für die Arbeiter gilt es, mit Energie ihre Sache durchzukämpfen. Forderung die Verhältnisse in Schweiler gebieterisch eine Verbesserung. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Städten der Umgegend mit gleicher Größe und gleicher Bedeutung wie Schweiler sind für die Schreiner bedeutend besser. Steigt doch in dem benachbarten Mühlhausen durch den vor einigen Wochen vereinbarten Tarifvertrag der Mindestlohn während der Vertragsdauer von 56 auf 63 Pfg. pro Stunde, während der durchschnittliche Stundenlohn der Holzarbeiter in Schweiler nur 42 Pfg. beträgt. Die Arbeitszeit wird in Mühlhausen auf 53 Stunden in der Woche verkürzt, während in Schweiler noch 60 Stunden gearbeitet werden muß. Wenn nicht die Verhältnisse der einen Stadt ohne weiteres auf die andere übertragen werden können, so muß doch auch hier eine entsprechende Besserstellung möglich sein. Ja, in der Umgegend wird nicht selten von den Arbeitgebern auf die schwierige Konkurrenz in Schweiler hingewiesen. Also ein Grund mehr, energisch eine Verbesserung der Verhältnisse anzustreben. Wenn auch bislang die Arbeitgeber es abgelehnt haben, zu verhandeln, so wird auch wohl hier, ähnlich wie in so vielen anderen Städten, eine bessere Erkenntnis Platz greifen. Wenn allerthalben die Arbeitgeber sich zusammensetzen, um mit der Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln, so wird man dies nicht für Schweiler als unmöglich hinstellen können. Die Stimmung der Streitenden ist vorzüglich. Zugezogene Arbeiter konnten mit Leichtigkeit wieder abgehoben, andere abgehalten werden. Zugang muß nach wie vor ferngehalten werden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Fulda. Der Obermeister der hiesigen Schreiner-Zinnung „e. V.“ die Redaktion des „Holzarbeiter“ mit folgendem Schreiben Fulda, den 2. Juli 1918.

An die Redaktion „die Vereinigung — Monatschrift der christlich organisierten Holzwerker und anverwandter Berufsangehöriger.“
 In der Ausgabe Juni 1918 Seite 118 heißt es: In dem Geschäfte des Obermeisters, das er mit seinem Sohne gemeinsam betreibt etc. Ich beantrage die Sache dem wahren Sachverhalt entsprechend zu berichtigen, die angeführten organisierten Arbeiter haben weder bei mir noch für mich gearbeitet, noch ist mir irgend welcher Nutzen aus ihrer Arbeit zugeflossen. Dieselben waren, bevor ich zu meinem Sohne verzog, bei demselben beschäftigt. Es haben dieselben keine Lohnforderungen gegen mich geltend gemacht — Beweis-Alten des Gewerbestreiks — und können auch keine gegen mich geltend machen. Jegliche verlange Angabe des Namens des Einleiters des erwähnten Artikels, um gerichtlich gegen ihn vorgehen zu können. Sollte mir die Angabe verweigert werden, erhebe ich Klage gegen die Redaktion. Einer umgehenden Antwort entgegenstehend zeichnet
 Theodor Strauß
 Obermeister.

Der Herr Obermeister schenkt in den Zeitungen mehr zu lesen als dem Inhalt. In der Juni-Ausgabe der „Vereinigung“ ist von Fulda nichts enthalten. Wohl aber im „Holzarbeiter“ Nr. 26. Die Sache folgendermaßen: Herr Strauß sen. gab im Januar 1912 das Holz selbständig betriebene Geschäft auf und zog zu seinem Sohne, der ebenfalls eine Schreiner-Zinnung betreibt. Beide führten einen gemeinsamen Haushalt. Ein Geselle und zwei Lehrlinge fielen dem mit. Aus dem Werkzeuge wurde in den Betrieb des Ernst jun. überträgt. Vater und Sohn haben Arbeiten gemeinsam übernommen und ausgeführt. Die erste Lohnzahlung in dem „Berichtigen“ nahmen Ernst jun. vor. Ernst sen. hat sich auch fernhalten von dem Geschäft bestimmt: er nahm die Lohnbücher der Gesellen in Empfang, berechnete den Lohn, zahlte es aus, gab Material und Werkzeuge an die Gesellen ab usw. Die Gesellen die Arbeit niedergelegt hatten, weil sie den rät-

ständigen Lohn nicht erhielten, erklärte Ernst jun., sein Vater hätte die Lohnbücher und müsse es sich erst von diesem Aufklärung über die Höhe der Gehaltsforderungen geben lassen. Ernst sen. hat auch verschiedentlich ohne Vorwissen seines Sohnes Holz verkauft. All dieses berechtigt wohl zu der Auffassung, daß das Geschäft von Vater und Sohn gemeinsam betrieben wird. Anstatt sich aufzuregen, daß die Gesellen, um zu ihrem Lohn zu kommen, an die Deffenlichkeit gehen müssen, läßt Herr Ernst sen. besser, seinem Sohn ins Gewissen zu reden. Als einer unserer Kollegen auf Grund des ergangenen Urteils Möbel und Holz pfänden ließ, erhielt er von einem Rechtsanwalt eine Vertragsabschrift zugestellt, wonach die gepfändeten Sachen Eigentum eines Herrn Trabert sind und dieser wieder die Eigentumsrechte an einen Bankier Knips abgetreten hat. Wertwürdigerweise ist dieser Vertrag am gleichen Tage abgeschlossen, als die Pfändung vor sich ging. Noch merkwürdiger wird aber die Sache dadurch, daß in diesem Vertrage behauptet wird, ein Teil der gepfändeten Sachen sei schon im Jahre 1911 in den Besitz des Herrn Trabert übergegangen. Unsere Kollegen sind dem gegenüber bereit, zu betonen, daß diese Sachen erst Ende 1912 bezogen, resp. angefertigt wurden. Die von unseren Kollegen veranlaßte Pfändung einer Hobelmaschine nahm den gleichen Ausgang. Auch hier machte ein dritter seine Besitzrechte geltend. Bei der Urteilsbelegung einer geleisteten Arbeit, für die Ernst jun. schon längst das Geld holen wollte, ergaben sich Schwierigkeiten, weil Ernst es wohlweislich unterläßt, die Rechnung dazulegen. — So sieht's also in dem Geschäft aus, das der Sohn des Obermeisters der Fuldaer Schreiner-Zinnung unter Mithilfe seines Vaters führt. Wo selbst vollstreckbare Urteile es nicht vermögen, den Arbeitern den Lohn zu sichern, da kann gewiß keinem Kollegen empfohlen werden, zu arbeiten. Wie Herr Ernst sen. unter solchen Umständen den Mut besitzt, mit dem Gericht zu drohen, ist schier unvorstellbar. Seitens der Redaktion des „Holzarbeiter“ hat er natürlich keine Antwort erhalten. Wenn's ihm Freude macht, soll er klagen. Viel richtiger wäre es allerdings, das zum Klagen benötigte Geld dem Sohne zu übergeben mit der Bestimmung, davon die rückständigen Gehaltsansprüche zu bezahlen.

Darmstadt. Wie die „Christen“ klinkern will ein hiesiger „Genosse“ entdeckt haben. Flugt setzt er sich auf den Hofenboden und tramt für die „Holzarbeiter-Zeitung“ sein Wissen aus. Dieses besteht darin, daß im „Holzarbeiter“ die Nennung in einem Tarifvertrage für Juli angekündigt war, während diese schon im April erfolgt ist. Es liegt hier lediglich ein Irrtum vor, der jedenfalls durch einen Druckfehler in der Tabelle der Verbands-Tarifabschrift entstanden ist. Ueber diesen Irrtum hat der Mann einen Heidenpaß. Der sei ihm gegönnt. Es scheint dem Darmstädter Berichterstatter der „Holzarbeiter-Zeitung“ unbekannt zu sein, daß auch die „Musterchristen“ in Darmstadt an mehreren Tarifabschlüssen beteiligt sind. Eine bessere Orientierung könnte ihm nichts schaden.

Wörth a. M. Unsere Veröffentlichung in Nr. 25 des „Holzarbeiter“ über die Agitationspraktiken des roten Sauleiters Weidner, ist den „Holzgenossen“ offenbar recht uneben. Im Zone höchster Entrüstung über die „wässern Schimpfereien“ im „Holzarbeiter“ rebel sich Weidner in der „Holzarbeiter-Zeitung“ um unsere Feststellungen herum und sucht die Sache, wenn möglich, auf ein anderes Gleis zu schieben. Es ist ja auch zu gefährlich, für die Genossen hier in Wörth, über politische und religiöse Neutralität zu diskutieren. Man hilft sich darüber hinweg und redet von „Arbeiterverrat der Christen“, „Unzuverlässigkeit“, „Schwindeln“ was das Zeug hält. „Hamburg der Christl. Gewerkschaften“, u. s. f. Wir fragen: wann und wo hat der christliche Verband bei Lohnbewegungen seinen Mann nicht gestellt? Wo hat er es geschwändelt? Gegen was hat man denn eigentlich in besagter Versammlung protestiert? Weidner möge sich nur nicht einbilden, daß er mit seinen Neben Eintracht macht. Unter unabhängigen Menschen war es bis jetzt immer Sitte, bei beträchtlichen Behauptungen auch Beweise zu liefern. Bei den „Genossen“ ist solches überflüssig. In der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird auch gesagt, daß die Einladung Hecks öffentlich gewesen wäre, somit ohne weiteres anzunehmen war, daß die Mitglieder des christl. Verbandes ihren Bezirksleiter einladen würden. Wir stellen dem gegenüber nochmals fest, daß aus dem Inhalt der Einladung jeder Unbefangene herauslesen mußte, daß Heck besonders eingeladen wäre; das glaubten auch unsere Kollegen in Wörth. Deshalb hat man denn die Einladung unseren Mitgliedern erst Samstag Mittag zukommen lassen, wo die Versammlung doch schon Sonntag war? (Eine Einladung unsererseits an den Bezirksleiter wäre also ohne hin zu spät gewesen.) Warum übrigens war der Vertrauensmann des soziald. Verbandes Sonntag Mittag am Bahnhof (vielleicht um zu sehen ob Heck kommt? D. U.), wo doch Weidner schon längst im Versammlungsorte gefessen hatte? War das alles nur zufällig? Wenn man noch gefragt wird, Heck wollte von Weidner persönlich eingeladen sein, so lacht man sich; zumal wir glauben, daß dieses an die Freundschaftlichkeit des Sauleiters Weidner zu hohe Anforderungen zu stellen hieße. Die Tatsache nur, daß Weidner vor und nach der Versammlung, obwohl Gelegenheit genug war, nichts merken ließ, ist aus Beweis, daß es ihm mit seiner Einladung nicht ernst war. Im übrigen mögen es die „Genossen“ nur unsere Sorgen sein lassen, ob der Zentralverband christl. Holzarbeiter im Mainthal am „Mitgliederball“ leidet. Wir können ihnen versichern, daß unser Verband keine Mitgliederziffer im bayrischen Mainthal, also in Weidners Gauen, in kurzer Zeit mehr wie verdoppelt hat.

Dinklage. Von ultramontaner Unzulässigkeit schreibt die „Holzarbeiter-Zeitung“ in Nr. 25. Vor etwa sechs Wochen haben wir fast dasselbe im sozialdemokratischen Norddeutschen Volksblatt gelesen. Dieses Blatt hat eine Verichtigung drängen müssen, weil es zum Teil lügen waren, die es verbreitete. Wir hatten demnahe schon die Sache schon vergessen, als es die „Holzarbeiter-Zeitung“ noch für nötig hielt, ebenfalls über die Christlichen herzufallen. Es ist richtig, daß hier in Dinklage die christlichen Gewerkschaften und der katholische Arbeiterverein vorkommen sind. Auch sucht die Firma Holzhaus dieses Arbeitskräfte anzuwerben. Bisher sind die christlichen Gewerkschaftler den Fremden in jeder Weise entgegengekommen, wenn es anständige Menschen waren. Anders mußte natürlich die Behandlung jener sein, die gleich in den ersten Tagen ihres Hierseins die christlichen Arbeiter als „Streitbrecher“ und „Scheingewerkschaft“ bezeichneten. Auch in den Restaurants wurden und werden die Fremden heute noch ebenso höflich aufgenommen wie unsere Kollegen. Allerdings nicht, wenn sie mit offenem Messer in der Hand herankommen und dabei die Sozialdemokratie hochheben lassen. Bei solchen Menschen haben allerdings weder die Bischöfe noch unsere Kollegen Achtung. Wenn die Noten in diesem Frühjahr für ihre Sache energisch agitieren, so ist es doch unwahrscheinlich, daß die christlichen Gewerkschaften sich mit der Deffektivität in Verbindung setzen haben, um den „Genossen“ das Handwerk zu legen. Auch ist es uns nicht bekannt, daß den „Genossen“ wegen ihrer Gewinnung des Logis gekündigt ist. Neu Eingestellte können zu jeder Zeit Logis bekommen, wenn sie sich anständig betragen.

Bei solchen, die am Sonntagmorgen hier ankommen und noch am selben Tage anständige Leute belästigen und höhnen und schimpfen über die „Christen“, wie es tatsächlich passiert ist, da ist die Sache allerdings eine andere. Das ein anständiger „freier“ Gewerkschaftler sich in Dinklage noch niemals über Zerwürfnisse von Seiten der christlichen Gewerkschaften beklagen konnte, müssen selbst diejenigen „Genossen“ sagen, die jahrelang hier gearbeitet haben. Die Hauptursache des roten Geschimpfes ist darin zu suchen, daß sie für sich keine Einheimischen gewinnen können. Wenn die „Genossen“, die sich in der „Holzarbeiter-Zeitung“ beschweren, Erfolge erzielen wollen, dann ist dazu die allererste Voraussetzung, daß sie ihre Bestimmungsfreunde anhalten, sich eines anständigen und gefitteten Benehmens zu befleißigen. Nach den gemachten Erfahrungen hält das einer beträchtlichen Zahl von „Genossen“ sehr schwer. Uebrigens scheinen derartige Erfahrungen nicht nur Dinklage gemacht zu werden. Im benachbarten Osnabrück z. B. bringt es sogar ein in führender Stellung beim roten Holzarbeiter-Verbande stehender „Genosse“ fertig, unsere Kollegen in Betriebe mit dem Rosenkranz zu verböhnen. Das nennt man dann Anstand und Bildung. Als anständige Menschen können solche Burschen doch sicerlich nicht behandelt werden.

Gewerkschaftliches.

Zehn Jahre Verbandsarbeit der christlichen Holzarbeiter Oesterreichs.

Unter den christlichen Arbeitern Oesterreichs waren die Holzarbeiter die ersten Pioniere des christlichen Gewerkschaftsgebändens. Nach oftmaligen Besprechungen und Versammlungen wurde am 29. Juni 1908 in Anwesenheit von Vertretern aus Wien, Graz und Salzburg der Verband christlicher Holzarbeiter Oesterreichs konstituiert. Mit 60 Mitgliedern fing man an. So groß auch die Schwierigkeiten waren, auch die christlichen Holzarbeiter Oesterreichs sind ihrer Herr geworden. Anfanglich mangelte es dem Verbande so ziemlich an allem, was die Ortsgruppen zusammenhielt. Ein christliches Gewerkschaftsblatt bestand damals in Oesterreich noch nicht. Dem Verbande stand lediglich ein Arbeitervereinsorgan in sehr beschränktem Umfange zur Verfügung. Im Jahre 1904 entstand der „Gewerkschaftler“, der auch Publikationsorgan der Holzarbeiter wurde. Eine entscheidende Wendung in der Entwicklung des Verbandslebens brachte das Jahr 1909: Herausgabe eines eigenen Organs, der „Holzarbeiter-Zeitung“, Freistellung eines Kollegen und eine — beträchtliche — Erhöhung der Beiträge. Von da ab ging's dann besser vorwärts. Ende des Jahres 1912 zählte der Verband 2014 Mitglieder. Die Stärkung der christlichen Holzarbeiterorganisation in Oesterreich charakterisiert vor allem ein Vergleich mit dem dortigen soziald. Verbande. Im Jahre 1908 entfielen auf einen christlich organisierten Holzarbeiter 153 Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes. 1907 war das Verhältnis wie 1 : 52; 1909 wie 1 : 22; 1910 wie 1 : 17; 1912 wie 1 : 14. Die Opferbereitschaft der Mitglieder hat sich im Laufe der Jahre wesentlich gesteigert. Während der Hauptbeitragszeit heute auf 70 Heller pro Woche steht, erheben die Pastoralen allerorts Zusätze; teilweise wird so ein Wochenbeitrag von 1 Krone bezahlt. Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen hat sich der Verband fortlaufend emsig mit gutem Erfolge bemüht. Dabei wurde ihm die Arbeit durch den soziald. Verband fortwährend erschwert. In einer Gleichberechtigung des christlichen Verbandes vermochte sich dieser nicht anzuschließen. Durch harte Kämpfe (Graz, Innsbruck u.) hat sich der Verband das erringen müssen, was ihm auf gütlichem Wege versagt blieb. Die Angriffe der Sozialisten führten letzten Endes immer zur Festigung seiner Position. Heute ist der Verband soweit, daß er an die Freistellung eines zweiten Kollegen herantreten konnte, wovon man sich eine weitere Stärkung des Verbandes verspricht. Sind auch die Auslasten für die gewerkschaftlichen Organisationen wegen der politischen Verhältnisse und der Einwirkung dieser auf die wirtschaftliche Lage z. Z. nicht allzu günstig, so darf trotzdem wohl der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß dem österreichischen Arbeiterverbande auch in der Zukunft eine gedeihliche Entwicklung beschieden sein möge. In diesem Sinne für das zweite Jahrgesamt ein herzliches Glückwuns!

„Die Sätze“ Organ des Gewerkschafts der Holzarbeiter H. D., bringt in ihrer Nr. 26 aus Anlaß eines Zahlstellenberichtes im Holzarbeiter aus Mladbova eine Notiz, worin behauptet wird, daß in unserm Bericht die H. D. Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit verunglimpft worden seien. Dieses Gebahren muß nach der „Sätze“ „niedriger gekündigt“ werden. Daß dem Schreiber der Notiz in der „Sätze“ dabei eine keine Verwechslung unterlaufen ist, indem vom „Stumpf im christl. Metallarbeiterverband geredet wird“, nehmen wir der „Sätze“ nicht übel, obwohl aus unserm Bericht unzweifelhaft hervorgeht, daß der christl. Metallarbeiterverband gar nichts mit der Sache zu tun hatte. Wir müssen aber der Sätze sagen, daß sie ihr „Niedriger hängen“ an die verkehrte Adresse gerichtet hat. Die Sekretäre des H. D. Metallarbeiterverbandes waren es, welche unseren Verband und die christl. Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit, in Versammlungen als zweifelhafte Bundesgenossen zu bezeichnen liebten. Solches sollen wir uns ruhig gefallen lassen? Wer und was in übrigen den Zusammenbruch der Bewegung im Niederösterreich verschuldet hat, darüber streiten wir mit der Sätze nicht; ihre Leute waren ja nicht dabei.

Die gelben Wertvereine hielten ihren 3. Bundesstag am 28. Juni und die folgenden Tage in Anwesenheit von 250 Delegierten in Augsburg ab. Aus dem Geschäftsbericht kam heraus, daß alle Gewerkschaftsrichtungen einig seien in der Bekämpfung der „Selben“. Besonders heftig bekämpft werden man aber durch die christlichen Gewerkschaften. Die päpstliche Sympathie bedeute das Ende der Freiheit und Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften. Weil diese so ihrer katholischen Mitglieder nicht mehr haben, so werden sie mit verächtlicher Kraft unter den evangelischen Arbeitern. Aus diesen Behauptungen ergibt sich, daß die „Selben“ von sich auf andere schließen. Weil die „Selben“ eben nichts anderes sind wie Träger des Kapitalismus, so ist sie sich der Behauptung besugl, andere Arbeiterorganisationen

finden sich in derselben Abhängigkeit. Die energische Abweisung der Gelben durch die konfessionellen Arbeitervereine war den Herrschaften, wie der Reichsgericht ausweist, sehr unangenehm. Trotzdem jene Bestrebungen dahin zielen, daß "Gelbe" nicht in die konfessionellen Arbeitervereine aufgenommen werden, fasste der Bundestag einen Beschluß, der die Mitglieder auffordert den konfessionellen Arbeitervereinen beizutreten. Von besonderem Interesse war auch der Beschluß des Bundestages in Sachen des Streikrechts. Die Berliner "Gelben" die ihren Charakter auch nach außen hin nicht ganz verbergen konnten, hatten den Antrag gestellt, daß Werkvereine, die in irgend einer Weise auf das Streikrecht verzichteten, nicht Mitglieder des Bundes sein könnten. Um bei einer Annahme dieses Antrages den Beschluß in der Praxis unwirksam zu machen, stellten die Essener Gelben den Gegenantrag: Werkvereine, die Streikgelber ansammeln, dürfen ebenfalls nicht Mitglieder des Bundes werden. Das Ergebnis der Beratungen war die Ablehnung beider Anträge. Es bleibt also beim alten. Die Werkvereine verzichten in der Theorie nicht auf das Streikrecht, machen aber in der Praxis keinen Gebrauch davon. Eine ebenso unklare Stellung nahm die Tagung auch zur Sozialdemokratie ein. Die Berliner wolle auch Mitglieder dulden, die sich sozialdemokratisch betätigen. Die statutarische Festlegung einer d. artigen Bestimmung wurde mit 242 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Es bleibt demnach auch der alte ungeschriebene Brauch, daß jeder Mitglied werden kann, der sich dunkt, mag er Sozialdemokrat sein oder nicht. Daß 50 Stimmen sich für die Gestattung einer sozialdemokratischen Betätigung der Mitglieder aussprachen, zeigt sehr deutlich, wohin die Reize der Werkvereine geht. — Der Bund der gelben Werkvereine umfaßt nach dessen Geschäftsbericht 207 Vereine mit 110 931 Mitgliedern.

Der Verband christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufs Deutschlands veränderte im Jahre 1912 für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitglieder Markt 43 362 gegen Markt 19 988 im Vorjahre auf. Gestiegen sind auch die Leistungen für Reiseunterstützungen, Kranken- und Sterbegeld von Markt 7992 auf Markt 9128. Das Vermögen des Verbandes beträgt am Jahreschluß Markt 39 838. Zwei große Kämpfe hatte der Verband zu bestehen, den Estr. in der Aschaffenburg Konfektionsindustrie und die Generalstreikperrung im Maßschneidergewerbe. Beide Kämpfe endeten für den Verband mit gutem Erfolg. 33 Tarifverträge wurden neu abgeschlossen. Am Schluß des Jahres war der Verband an 113 Tarifverträgen, die von 5355 Firmen anerkannt sind, beteiligt. 4264 Mitglieder des Verbandes sind unter tariflichen Verhältnissen beschäftigt. An Lohnerböhrungen wurden für 1973 Verbandsmitglieder, die im Vertriebsjahr an Lohnbewegungen beteiligt waren, Markt 243 418 oder im Durchschnitt pro Mitglied Markt 113. — erzielt. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg um 330 und betrug am Jahreschluß 4818; sie ist inzwischen auf über 5000 gestiegen.

Kaiser Terrorismus oder christlicher Streikbruch? Bei der Firma Langheim, Möbel- und Sägewerk am Karlsruher Hofen, stehen nach den Meldungen der sozialdemokratischen Presse die Arbeiter wegen Mißregelung eines Vertrauensmannes im Streik. Der Sekretär Kuhn des christl. Fabrik-, Hilfs- und Transportarbeiterverbandes, so berichtet die rote Presse weiter, soll sich bemühen, die Firma Streikbrecher zu setzen. Was ist nun an dieser Meldung wahr?

Im Dezember vorigen Jahres forderte der Gauleiter des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes, Genosse Reimüller, in einer Versammlung seine Getreuen auf, die christlichen Gewerkschaftler zum Uebertritt zu "bewegen", denn bis zum Frühjahr dürfe kein christlich organisierter Arbeiter mehr im Rheinpfalzgebiet sein; die müssen verschwinden. Die damit ausgegebene Parole wurde von den Genossen treulich befolgt. Schläue, Demagogien und ähnliche Mittel waren an der Tagesordnung. Als trotzdem das Ziel nicht zu erreichen war, griff man zu härteren Maßnahmen. Bei der Firma Langheim & Co. wurde in brutaler Weise der Streik von Hause gebrochen. Diese Firma zahlt die höchsten Löhne ihrer Branche am Ort und war auch sonst gegen die Arbeiter sehr vornehm. Es behauptet ein erst in diesem Frühjahr abgeschlossener Tarifvertrag. Bezüglich der Organisationsfähigkeit wurden den Arbeitern nicht die geringsten Schwierigkeiten bereitet. Nur sollte die Firma des selbstverständlichen Ansehens, daß sämtliche Arbeiter ohne Rücksicht auf die Organisationsfähigkeit gleiches Recht auf Arbeit haben. Davon wollten die Genossen aber nichts wissen, sondern verlangten bloß den Uebertritt der christlich organisierten Arbeiter. Zusammenrottung und damit teilweise Schließung des Betriebes liefen immer wieder. Als dann die Firma nach wieder-

holten, nutzlosen Drohungen, wovon auch die Bezirksleitung des sozialdemokratischen Verbandes benachrichtigt wurde, einen Arbeiter dieserhalb entlassen mußte, legten am folgenden Tage die Genossen unter Tarifbruch, ohne die Firma in Kenntnis zu setzen, die Arbeit nieder. Durch den ausgeübten Terrorismus konnten auch die christlich organisierten Arbeiter nicht zur Arbeitsstelle gelangen. Der sozialdemokratische Transportarbeiterverband geht in einem Briefe vom 12. Juni an die Firma Langheim & Co. selbst ein, daß die Arbeiter sich im Unrecht befinden. Seitens des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes wurde erklärt, daß die Arbeiter eigenmächtig gehandelt und der Verband eine Verantwortung nicht übernehmen könnte. Trotzdem streifen die beiden Verbände jetzt schon über drei Wochen. Man will eben mit allen Mitteln die christlich denkenden Arbeiter aus dem Hofengebiet verdrängen, um die Forderungen Reimüllers wahr zu machen. Alles übersteigt die Frechheit der Genossen, wenn sie verlangen, die christlichen Gewerkschaften sollten mithelfen, damit ihnen umso leichter das stillende Halsband angelegt werden kann.

Soziale Rundschau.

Der Verband Westdeutscher Konsumvereine hat auch im Jahre 1912 eine erfreuliche Entwicklung genommen. Im Laufe des Jahres sind 36 Konsumvereine neu beigetreten, ausgetreten sind 8, wovon sich 5 mit anderen Verbänden vereinen verschmolzen haben. Am Jahreschluß waren vorhanden 131 Vereine mit 97 606 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl weist für 1912 eine Zunahme von 21 604 oder 28,4 Prozent auf. Der Umsatz im eigenen Geschäft betrug im Jahre 1911 Markt 23 329 966, dagegen im Jahre 1912 Markt 32 183 753,03. Der Mehrumsatz beträgt Markt 8 853 782,03 oder 37,8 Prozent. Der Umsatz im Lieferantengeschäft stieg nur um 12,8 Prozent, eine Steigerung, die in den nächsten Jahren wohl noch mehr zurückgehen wird, da das Lieferantengeschäft von den Konsumvereinen nur als notwendiges Übel betrachtet wird. Der Umsatz desselben betrug 1911 Markt 37 773 911 und im Jahre 1912 Markt 42 56 077,85, also mehr Markt 482 166,35. Der Gesamtumsatz betrug demnach 1911 Markt 27 103 877, dagegen 1912 Markt 36 489 836,33. Der Mehrumsatz erreicht also die respektable Höhe von Markt 9 335 958,38, gleich 34,4 Prozent. In dem Umsatze ist wie im Vorjahre auch derjenige der Groß-Einkaufs-Zentrale mit eingerechnet, weil diese ja auch als genossenschaftliches Unternehmen dem Verbände angehört. Eigenproduktion betrieben 5 Vereine. 3 besitzen Mälereien, 2 Mergereien. 2 Verbandsgenossenschaften sind reine Produktionsgenossenschaften. 1 Verein betreibt Brauerei und eine Genossenschaft Zigarrenfabrikation. Die Höhe des Umsatzes der Eigenproduktionsbetriebe beträgt Markt 1 892 842,72. Dieser Betrag erscheint zum Gesamtumsatz noch recht bescheiden, doch dürfte sich im laufenden Jahre dieses Verhältnis wesentlich ändern, da in der Eigenproduktion erhebliche Fortschritte von den Verbänden gemacht werden. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 1397, davon 1005 weibliche und 392 männliche. Der Ueberzuss der Verbände erreichte die Höhe von Markt 943 391. Hiervon wurden Markt 678 780 auf den Einkauf der Mitgliedern zurückvergütet. Außerdem erhielten die Mitglieder den festgesetzten Rabatt in Höhe von Markt 1 679 203,57. Die gesamte Rückvergütung betrug demnach Markt 2 357 984. Das Organ „Der Konsumverein“ wurde am 1. Januar 1913 in 33 271 Exemplaren bezogen, welche Zahl sich mittlerweile auf 42 336 erhöht hat. Die „Konsumgenossenschaftliche Praxis“ hat eine Auflage von 1400 am 31. Dezember 1912. Auch diese Zahl ist mittlerweile auf 1609 gestiegen. Im Laufe des Berichtsjahres wurde die „Groß-Einkaufs-Zentrale westdeutscher Konsumvereine“ gegründet. Diese nahm mit dem 1. Juli ihre Tätigkeit auf. Während der Monat Juli einen Umsatz von Markt 309 826 verzeichnete, wurden im Dezember schon Markt 679 836 erreicht. Der Gesamtumsatz in den 6 Monaten betrug Markt 3 185 828, ein guter Anfang, der, wenn die Vereine ihrer eigenen Sache treu bleiben, zu den besten Hoffnungen in der Zukunft berechtigt. Mit Rücksicht auf die zahlreichen Schwierigkeiten, welche der Genossenschaftsbewegung gemacht werden, kann der Westdeutsche Verband mit seiner Entwicklung im Jahre 1912 wohl zufrieden sein. In diesen Erfolgen aber liegt auch die Gewähr für weiteres erfolgreiches Arbeiten in der Zukunft.

Ein jänkere Moral scheint im sozialdemokratischen Landarbeiterverband zu herrschen. Auf dessen ersten Generalver-

sammlung, deren Protokoll eben erschienen ist, machte der Rechtsanwalt Siegfried Rosenfeld, der als juristischer Berater des Verbandes fungiert, folgende Ausführungen über die Projektionen:

„Wir haben, selbst wenn wir verlieren, nicht allzuviel Nachteile. Nach meiner Erfahrung verursacht auch für uns verlorener Prozeß unserem Gegner in der Regel doch mehr Unannehmlichkeiten, als uns. Denn die Armut hat auch ein Glückliches, daß sie nicht zahlen kann (Geierkeit), und dann bleiben die Kosten eben an dem Gegner hängen; denn davor hätte wir nach Möglichkeit unsere Verbandskasse, die sie zu den Kosten unserer Gegner herangezogen wird. Wir treten nur dann für die gegnerischen Kosten ein, wenn wir voraussetzen, daß sie beim Prozeß selbst zu holen sind. Ist das nicht der Fall, so lassen wir es daran ankommen, daß der Gerichtsvollzieher das Mitglied besucht; das bleiben die Kosten beim Gutbesitzer hängen. Auf diese Weise bedeutet ein gewonnener Prozeß manchmal einen sehr zweifelhaften Sieg für den Gegner, so daß er hütet, in späteren Fällen mit uns anzubinden.“

Der Mann, der so sprach, ist Sozialdemokrat und kein Rechtsanwalt.

Die Kriegervereine nehmen — wenigstens in ihrer Leitung — angeichts der Vorgänge auf dem Gebiete der Volkerversicherung, eine unverhältnißmäßige Stellung ein. Anstatt mit den anderen großen nationalen Organisationen an einem Strange zu ziehen und dadurch die Gefahr der sozialb. „Volkfürsorge“ zu verringern, geht die Leitung der Kriegervereine ihre eigenen Wege. Sie will von der „Deutschen Volkerversicherungs A.-G.“ nichts wissen, schlägt vielmehr dem demnächst in Breslau stattfindenden Delegiertentag der Kriegervereine die Aufgabe der eigenen Wohlfahrtskassen und deren Angliederung an die privatkapitalistische Gesellschaft „Friedrich Wilhelm“ vor. Dadurch wird nicht nur die nationale Volkerversicherung zerplittert, sondern es werden obendrein auch die Agenten und Werber der „Friedrich Wilhelm“, die vielfach frei organisiert und sozialdemokratisch gesinnt sind, auf die Kriegervereinsmitglieder losgelassen. Es wäre im nationalen und sozialen Interesse bringend zu wünschen, daß die Delegierten des Deutschen Kriegerbundes dem Vorschlag des Vorstandes nicht zustimmen, sondern den Weg beschritten, der meist alle größeren nationalen Organisationen beschritten haben. Seitens der aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Reichstagsabgeordneten sind die Organe der Reichsregierung ersucht worden, ihren Einfluß dahin auszuüben, die Leitung der Kriegervereine zu einer vernünftigeren Haltung zu bewegen.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Handwerkler. In einer kleineren Stadt stand unser Verband jüngst mit den Schreinermeistern in Tarifverhandlungen. Mit einem Teil der Meister wurde eine Einigung erzielt. Einem hiesigen Schreinermeister mußten nachher über die Zugeständnisse wohl Bedenken aufgestoßen sein. Er sandte unserer Geschäftsstelle folgendes Schreiben:

„Mit dem Obermeister rückwärts genommen und erfahren das Ihre neue Tarif noch nicht dasjenige enthält was sie bei der letzten Komite Verhandlung zugegeben haben worauf ich hier mit meine Unterschrift wege ich auf den von Ihnen vorgelegten Tarif zurück nehme.“

Der Meister gehört selbstverständlich auch zu denen, die nicht begreifen können, wie das Handwerk den „goldenen Boden“ verlor.

Adressenveränderungen.

- Verbandsbezirk Frankfurt a. M. Bezirks- und Ortssektariat Frankfurt a. M. befinden sich jetzt Bieblersstraße 22.
- Brachl. R. Josef Stähelin, Lunelstraße 12. Hh. Mannheim. V. Carl Müller, Robellstraße 3.
- Mergentheim. V. Carl Hoffmann, Orgelbauer in Weikersheim bei Mergentheim, Wilhelmstraße 2.
- Breslau. R. Leichmann, Scheitnigerstraße 21, abends von 6 1/2 bis 7 1/2.
- Leutkirch i. N. V. Kaver Kummer, Wagner, R. Sebastian Jaudak, Wagner, Rote Lache.
- Münster i. W. Reliefonterstützung wird nur noch abends von 7 bis 8 Uhr auf dem Verbandsbüro ausbezahlt.
- Borms. R. Eugen Konrad, Feinrichstraße 4.

Sterbefälle.

Johann Lipinski, Holzarbeiter, 31 Jahre alt, gestorben in Danzig. Ruhe in Frieden!

Anzeigen der Zahlstellen.

Stuttgart.
Alle prüfenden Kollegen müssen sich sofort auf dem Büro, Reichstraße 2, melden. Das Büro ist nach Mittag geschlossen.

Münster.
Die Tarifkassen sind bis auf weiteres nur abends von 7-8 Uhr, Schillerstr. 15; während dieser Zeit wird auch die Reichsunterstützung ausbezahlt.

Frankfurt a. M.
Die Tarifkassen des Bezirks und Ortssektariats Frankfurt a. M. befinden sich Reichsstraße 22. Die Reichsunterstützung wird abends von 7-8 Uhr, während dieser Zeit wird auch die Reichsunterstützung ausbezahlt.

Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.

TAGES-KURSE FÜR SCHREINER

(44 Std. wöch.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbücherei, Wechselkde., Rechnen, Kalkül, Fläch- u. Körperberechn., gewähl. Gesetzkde., Stil- u. Formel, Mat., Werkz., Maschinentechnik, Freischnitt, Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meistertitel kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRITT jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charloffenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

2-3 tüchtige Möbelschreiner
Es ist ganz nach Thüringen verfahren worden, finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Nicht sehr aber nach Thüringen. Offerten unter „Thüringer“ an die Red. d. Blattes richten.

Eingedeigte Journiere für Nähtische, Schränke und Säulen.
Auftraggeber gegen 20 Tg. in Reichsmark. Besondere Anfertigungsbedingungen.
Eugen Biller, Harzstr. 7, Schöneberg, Unterstadt 7.

Überall kann mans hören

das Buch „Der praktische Tischler“ das beste Buch über den Tischlerberuf für jeden Tischler ist. Das Buch über 600 Seiten stark enthält 1000 Zeichnungen, 54 Pläne und 8 mehrfarbige Tafeln und 2 geradlinige Tabellen. Es kostet nur 22.- Die Zahlungen kann in monatlichen Raten à 22.- erfolgen. Bei vorzeitiger Bezahlung wird ein Preis von 100.- abgezogen. Alle Buchhandlungen und Buchhändler sind in der Lage, das Buch zu beschaffen. Bei Bestellung bis zum 1. März 1913. Preis 22.-. Bestellen Sie bei G. Friedr. Kellner, Buchhandlung, Leipzig, Geismarsstr. 10a.

Wir suchen sofort bei dauernder Beschäftigung

1 Maschinewärter

für 16 PS Sauggasanlage, welcher gleichzeitig Maschinist

Bandsägenschnitzer

sich auch Offerten nebst Zeugnissen erbeten

Werkmeister Werkstätte

Sarstedt bei Bremen